Policy Paper: Die 2-Klassen-Energiewende

Eine verteilungspolitische Perspektive auf die Energie- und Klimapolitik.

Josef Thoman, Michael Soder **Abstract – Momentum-Kongress 2018**

Mit dem Abschluss des Pariser Klimaabkommens und mit dem im April präsentierten Entwurf zur „integrierten Klima- und Energiestrategie“ für Österreich rücken Fragen der Gestaltung einer umfassenden Energiewende wieder vermehrt ins Zentrum politischer und öffentlicher Diskussionen. Dabei ist eine umfassende Energiewende an sich schon ein äußerst komplexes und vielschichtiges Unterfangen. Neben der Entwicklung sektorenübergreifender Konzepte und Lösungen (Strom, Wärme, Mobilität), müssen ebenso Entwicklungstrends, wie zum Beispiel Tendenzen zur Privatisierung und Digitalisierung, in Strategien mitbedacht und mitberücksichtigt werden.

Aufgrund der gesellschaftlichen Bedeutung eines Gelingens der Energiewende und der Komplexität des Unterfangens ist es umso wichtiger verteilungspolitische Aspekte im Prozess der Energiewende explizit mitzudenken. Leider findet eine solche Berücksichtigung soziale und verteilungspolitischer Aspekte bisher kaum statt. Es ist jedoch ganz eindeutig, dass ein Gelingen der Energiewende nur dann auch tatsächlich funktionieren kann wenn alle Menschen mitgenommen werden und der Prozess des Wandels sozial ausgewogen gestaltet ist.

Sektor Strom im Fokus

Einer der für ein Gelingen der Energiewende zentralen Sektoren ist jener der Stromproduktion. Der Ausbau erneuerbarer Energien soll im Prozess des Strukturwandels nicht nur der wesentliche Treiber für eine Umorientierung in der Stromerzeugung, sondern ebenso im Wärme- und Mobilitätsbereich sein. Die Bedeutung von Strom, seiner Erzeugung als auch seiner Verteilung, wird daher in Zukunft noch mehr Bedeutung beigemessen werden müssen, als dies derzeit bereits der Fall ist. Jedoch führt der rasche und umfangreiche Ausbau der erneuerbaren Energien auch zu weitreichenderen Problemlagen die über das eigentliche Energiesystem hinausgehen und gesellschaftliche und verteilungspolitische Fragen aufwerfen.

So führte die starke Zunahme an erneuerbaren Stromproduktion in Kombination mit dem Fortbestand bestehender Erzeugungskapazitäten zu einem massiven Preisrückgang der Börsenpreise für elektrische Energie. Gleichzeitig wird die Erzeugung immer volatiler. Dies hat zur Folge, dass das Stromnetz immer öfter an seine Grenzen stößt und konventionelle Kraftwerke bereitstehen müssen die die Leitungen zu entlasten oder um Energie zu liefern, wenn es an Sonnen- und Windenergie fehlt. Der Rückgang der Börsenpreise führt jedoch gerade dazu, dass diese notwendigen Netzreserven zu Marktpreisen nicht mehr kostendeckend geführt und das des Weiteren ebenso wichtige netzdienliche Investitionen nicht umgesetzt werden können. Da Elektrizität klimafreundlich erzeugt werden kann und vielfältig verwendbar ist, wird sie in Zukunft immer öfter andere Energieträger ersetzen. Beispiele dafür sind Elektroautos im Verkehr, aber auch der zunehmende Einsatz von stromgeführten Wärmepumpen. In Summe bedeutet dies: Selbst wenn es gelingt, den Energieverbrauch insgesamt zu senken, die Nachfrage nach Strom wird weiter zunehmen. Damit sind auch in Zukunft massive Investitionen in Erneuerbare Energieanlagen sowie den Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastruktur notwendig.

Wer profitiert und wer verliert?

Diese Entwicklungen sind insbesondere aus einer verteilungspolitischen Perspektive problematisch, da einerseits, die Haushalte nicht im selben Ausmaß von günstigeren Strompreisen profitieren wie die Industrie und andererseits, die Investitionskosten ebenso überwiegend von den Haushalten (zum Bsp über die Netzkosten und Ökostromförderpauschale/beitrag) zu finanziert werden. So tragen derzeit die privaten Haushalte bei rund nur einem Viertel des Stromverbrauchs rund 40% der Ökostrom- und Netzkosten. Hingegen liegt der Beitrag der Industrie zu den Kosten bei in etwa gleichem Verbrauch – mit nur rund einem Zwanzigstel der Gesamtkosten – weit darunter. In Summe bedeuten diese Entwicklungen, dass die privaten Haushalte doppelt negativ betroffen sind und sich gesamtgesellschaftlich eine Schieflage zwischen Nutzen und Finanzierung weiter verschärft.

Auch der vorgelegte Entwurf zur integrierten Klima- und Energiestrategie trägt hier nicht zu mehr Verteilungsgerechtigkeit bei. Ganz im Gegenteil werden Fragen einer gerechten Verteilung der Kosten und Nutzen vollkommen ausgeblendet und Politik zu Gunsten der Industrie und auf Kosten der Allgemeinheit weiter forciert. Dies macht jedoch nicht bei der Frage der Kostenverteilung zwischen Unternehmen und EndkonsumentInnen halt. Viele der in der Klima- und Energiestrategie enthaltenen Maßnahmen zur Energiewende haben zusätzlich verteilungspolitisch bedenkliche Auswirkungen, die weder thematisiert noch aufgegriffen werden.

Zum einen findet sich im Strategieentwurf ein klares Bekenntnis zum Beitrag des Energiesystems zur Wettbewerbsfähigkeit und damit auch zum Grundsatz der Nichtbelastung der Unternehmen durch energie- oder klimapolitische Maßnahmen. Zum anderen wird den KonsumentInnen nur ein vages Bekenntnis zur Sicherung der „elementaren Grundbedürfnisse“ in Aussicht gestellt. Dies lässt schon vermuten, dass die Kosten der Energiewende auch weiterhin auf die privaten Haushalte abgewälzt werden soll. Zusätzlich dazu enthält der Entwurf eine Vielzahl an Maßnahmen, welche einkommensschwache Haushalte im Verhältnis zu einkommensstarken Haushalten weiter benachteiligen. So sind Investitionsförderungen und Steuerfreistellungen für sogenannte „Prosumer“ Haushalte geplant die damit zusätzlich gegenüber allen anderen VerbraucherInnen finanziell und steuerlich bevorzugt werden. Damit trägt die Strategie die ersten Saatkörner einer 2-Klassen Energiegesellschaft in sich in der die Gesellschaft in eine Gruppe von „smarten“ gut informierten, finanziell und technisch gut ausgestatteten Haushalten und alle anderen VerbraucherInnen geteilt wird.

Eine sozial gerechte Energiewende

Das funktionieren der Energiewende hängt jedoch von einer gerechten Verteilung der Nutzen und Kosten ab. Nur wenn alle VerbraucherInnen gleichermaßen an der Finanzierung und an den Nutzen der Energiewende beteiligt werden wird es auch genügend Rückhalt geben diesen umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprozess einzuleiten und erfolgreich abzuwickeln. Leider bleibt die verteilungspolitische Dimension und eine sozial ausgewogene Gestaltung der Energiewende in den oftmals nur rein technisch oder betriebswirtschaftlich geführten Diskursen rund um die Transformation der Energieerzeugung stark unterbelichtet.

Mit diesem Momentum-Beitrag soll anhand konkreter Beispiel genau dieser Aspekt verstärkt hervorgehoben und ausführlich diskutiert werden. Dabei soll die aktuelle Situation, wie auch ein Ausblick auf zukünftige Entwicklungen helfen Visionen für ein sozial gerechtes, ökonomisch sinnvolles und ökologisch nachhaltiges Energiesystem abzuleiten.